

Tagungsbericht

Inclusive Growth – bringt Wachstum Wohlstand für alle?

Eine Tagung von Allianz SE und Stiftung Marktwirtschaft
am 14. Februar 2017 in Berlin



Inhaltsverzeichnis

3 Begrüßung und Einführung

Dr. Dirk Förterer

Direktor Politik und Regulierung, Allianz Deutschland AG

Prof. Dr. Michael Eilfort

Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

4 Keynote:

Wohlstand für alle – das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft gilt

Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Bundesminister der Finanzen

6 Zunehmende Ungleichheit? Kritischer Befund, Legende oder gar erzeugtes Zerrbild? Strategien für inklusives Wachstum (Diskussion mit Impulsstatements)

Yasmin Fahimi

Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Prof. Dr. Lars P. Feld

Direktor des Walter Eucken Instituts, Kronberger Kreis

Ralf Fücks

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung (bis 30. Juni 2017)

Daniel Gros Ph.D.

Direktor des Centre for European Policy Studies

Prof. Dr. Michael Heise

Chefvolkswirt der Allianz SE

Moderation:

Stephan Lorz

Ressortleiter Wirtschaftspolitik, Börsen-Zeitung



IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft

Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)
Charlottenstraße 50, 10117 Berlin
Tel. (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Text/Ansprechpartner:
Dr. Guido Raddatz
raddatz@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Kay Herschelmann

Gefördert durch die informedia-Stiftung,
Gemeinnützige Stiftung für Gesellschafts-
wissenschaften und Publizistik, Köln.

Begrüßung und Einführung



Dr. Dirk Förterer
*Direktor Politik und Regulierung,
Allianz Deutschland AG*

Dr. Dirk Förterer, Direktor Politik und Regulierung der Allianz Deutschland AG, hieß die Redner sowie die zahlreich erschienenen Gäste in der Hauptstadtrepräsentanz der Allianz am Pariser Platz herzlich willkommen. Der überaus große Zuspruch, der sich in über 400 Teilnehmern manifestiere, zeige, welche hohe Relevanz das Grundsatzthema Inclusive Growth, über das man heute diskutieren wolle, gegenwärtig habe. Dies gelte nicht zuletzt auch mit Blick auf die im Herbst anstehende Bundestagswahl, so Förterer.

Die Beantwortung der Frage, wie Teilhabe am Wachstum für alle Gesellschaftsschichten verwirklicht werden könne, sei für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Soziale Marktwirtschaft von essentieller Bedeutung – schließlich handele es sich bei diesem Versprechen um einen ihrer zentralen Grundpfeiler. Angesichts der zunehmenden Digitalisierung und Globalisierung der Gesellschaft müsse man diese Frage immer wieder aufs Neue beantworten und dürfe sich nicht mit einem einmal erreichten Status quo zufrieden geben. In der öffentlichen Diskussion dominiere jedenfalls häufig der Eindruck, dass die resultierenden gesellschaftlichen Umbrüche in vielen Menschen ein Gefühl der Ohnmacht und Überforderung hervorriefen. Allerdings seien die Grenzen zwischen medialer Übertreibung, verzerrten Wahrnehmungen und tatsächlichen Problemen nicht immer ganz klar, warnte der Direktor Politik und Regulierung der Allianz Deutschland AG. Seit einigen Jahren könne man darüber hinaus beobachten, dass etablierte internationale Beziehungen und Partnerschaften – etwa in Europa oder im transatlantischen Verhältnis – von zunehmenden Spannungen erfasst würden. Dieser neue Trend laufe der Globalisierung zwar vordergründig entgegen, verstärke jedoch das Unsicherheitsgefühl der Menschen nur noch weiter. Förterer schloss mit dem Hinweis, dass man mit der heutigen Veranstaltung eine sachliche Diskussion anstrebe, welche Entwicklungen problematisch und welche Reformen notwendig seien, damit Inclusive Growth nicht zu einem leeren Versprechen werde.



Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

„Vor 60 Jahren, im Februar 1957, erschien Ludwig Erhards Buch ‚Wohlstand für alle‘.“ Mit diesen Worten begrüßte Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, die anwesenden Gäste und ergänzte, dass wir dieser Zielvorgabe – Wohlstand für alle zu erreichen – noch nie so nahe waren wie heute. Während man vor 60 Jahren für einen eher bescheidenen Lebensstandard quantitativ viel mehr arbeiten musste, lebe man heute in Deutschland auf einem im weltweiten Vergleich herausragenden Wohlstandsniveau bei auch deutlich verbesserter ‚Work-Life-Balance‘. „Die Soziale Marktwirtschaft hat geliefert“, betonte Eilfort. Das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahrzehnte wirke sich für breite Gesellschaftsschichten positiv aus – Inclusive Growth sei auch heute die Realität. Das zeige sich beispielsweise an einem hohen Beschäftigungsstand, signifikanten Reallohnsteigerungen sowie hohen Rentensteigerungen in der jüngeren Vergangenheit. Zugleich schaffe der wirtschaftliche Erfolg die Voraussetzung für Umverteilungsmaßnahmen zugunsten sozial Schwacher und Bedürftiger. Dank Steuerprogression und einem Umteilungsvolumen auf Rekordniveau bestehe in Deutschland ein hohes Maß an sozialem Frieden. Dieser sei zu Recht ein hohes Gut.

Gleichzeitig warnte der Stiftungsvorstand davor, die Umverteilungsschraube zu überdrehen. Die Soziale Marktwirtschaft werde nur solange erfolgreich sein, wie ihr marktwirtschaftlicher Kern erkennbar bleibe. Daher müsse man Prioritäten setzen und dürfe nicht jedem Wunsch nach einer stärkeren Umverteilung nachgeben. Viele der lautstark vorgetragenen und durch eine selektive mediale Fokussierung auf Negativbotschaften noch verstärkten Forderungen entbehrten ohnehin einer objektiven Grundlage. Sie verstärkten – in einer eigentlich guten wirtschaftlichen Lage – nicht nur Ängste und Unzufriedenheit in der Bevölkerung, sondern verhinderten zugleich eine Beschäftigung mit den wirklichen sozialen Problemen der Gegenwart, beispielsweise die inzwischen begrenztere Durchlässigkeit der Gesellschaft oder eine ausbaufähige Chancengerechtigkeit.



Wohlstand für alle – das Versprechen der Sozialen Markt- wirtschaft gilt

Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Bundesminister der Finanzen

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB griff zu Beginn seines Vortrages die Ausführungen von Michael Eilfort auf und erinnerte daran, dass er noch gemeinsam mit Ludwig Erhard für die CDU-Fraktion im Bundestag gesessen habe. Auch wenn sich heute so gut wie alle politischen Parteien – wenn auch aus unterschiedlichen Richtungen – zu Ludwig Erhard bekennen würden und seine Maxime ‚Wohlstand für alle‘ für ihre eigenen Zwecke vereinnahmen wollten, so könne doch die Christlich Demokratische Union, deren Vorsitzender Erhard einst war, naturgemäß eine besondere inhaltliche Nähe für sich beanspruchen. Schäuble ergänzte, dass man nicht jede beliebige wirtschafts- und sozialpolitische Position auf Erhard zurückführen könne, wie es manchmal den Anschein habe.

So verbiete es die intellektuelle Redlichkeit, in den heutigen Zeiten in Erhards Namen mehr staatliche Umverteilung zu fordern. Der Vater des Wirtschaftswunders habe sich vielmehr sehr klar zum Verhältnis von Sozialem und Markt geäußert: „Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch“, erinnerte Schäuble an Erhards Position und ergänzte, dass Deutschland zu den vier Ländern mit den am stärksten ausgebauten Sozialsystemen gehöre. Allein im Bundeshaushalt belaufe sich der Anteil der Sozialausgaben auf über 50 Prozent. Insbesondere im unteren Einkommensbereich werde die soziale Ungleichheit durch ausgleichende Transfers deutlich abgemildert. Entsprechende Ergebnisse habe der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium, der in einem hohen Maße unabhängig sei, vor kurzem vorgelegt und dabei betont, dass der Sozialstaat seine Funktion im Zeitablauf bewahrt habe. Es könne also keine Rede davon sein, dass Deutschland ökonomisch immer ungleicher und ungerechter würde und Menschen mit geringem Einkommen den Märkten schutzlos ausgeliefert seien, argumentierte der Bundesfinanzminister.

Zugleich räumte er ein, dass es auch von Seiten der Befürworter freier Märkte und einer möglichst unregulierten Marktwirtschaft zuweilen Übertreibungen gebe, wenn etwa ein

Außerkräftsetzen der Marktkräfte – insbesondere durch die Große Koalition – beklagt werde. Angesichts der Stärke und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in den zurückliegenden Jahren hielt er diese Klagen nicht für stichhaltig: „Wenn wir die Marktkräfte stranguliert hätten, wäre die deutsche Wirtschaft international kaum so erfolgreich.“ Der CDU-Politiker mahnte, dass bei der Einschätzung des Status quo Ehrlichkeit und Realismus geboten seien und Zerrbilder der Sozialen Marktwirtschaft nur den Blick auf die eigentlichen Herausforderungen verstelten.

Auch wenn die Soziale Marktwirtschaft das beste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sei, das wir je hatten, so könne sie doch keine perfekte Ordnung garantieren. Als ein vom Menschen geschaffenes und auf den Menschen vertrauendes Konstrukt unterliege sie seinen Stärken und Schwächen. „Der Mensch ist zwar zu Großem befähigt, aber nicht immer willens und in der Lage, entsprechend zu handeln“, betonte Schäuble. Dass nicht immer gute Ergebnisse garantiert seien, habe nicht zuletzt die Finanzkrise seit 2008 mehr als deutlich gemacht. Eine der zentralen Lehren sei gewesen, dass man es mit der Deregulierung nicht übertreiben dürfe. Ohne Regeln und Grenzen zerstöre sich jede freiheitliche Ordnung. Seitdem beschäftige sich die Forschung auch verstärkt mit der ambivalenten Rolle des Menschen in Wirtschaftsprozessen und hinterfrage zunehmend das traditionelle Bild des Homo oeconomicus – zu Recht, da es offensichtlich zu grob geschnitten gewesen war, so der Bundesfinanzminister.

Im Rahmen der späteren Diskussion äußerte er sich zudem kritisch zum Verhalten der ökonomischen Eliten in der Vergangenheit. Anstatt ein Vorbild für die Allgemeinheit zu sein, hätten diese – zumindest partiell – ein maßloses Verhalten zur eigenen Vorteilsmaximierung an den Tag gelegt, das mit zum Entstehen der Krise beigetragen habe. Vor diesem Hintergrund mahnte der Minister weitere Fortschritte an, etwa bei der Umsetzung des Corporate Governance Kodex, zumal der

Staat nicht jedes Detail regeln könne und sollte, wenn man eine freiheitliche Ordnung bewahren wolle: „Der Jurist weiß, dass der Staat Anstand nicht vorschreiben kann.“ Darum benötige eine freiheitliche Ordnung ein festes Wertefundament, um die richtige Balance zu finden.

Gleichwohl zeigte sich Schäuble für die Zukunft optimistisch. Die Soziale Marktwirtschaft sei anderen wirtschafts- und gesellschaftstheoretischen Modellen überlegen, da sie Raum für Lern- und Anpassungsprozesse lasse. Hayeks Warnung vor der ‚Anmaßung von Wissen‘ gehöre sozusagen zur DNA der Sozialen Marktwirtschaft. „Korrekturfähigkeit ist eines ihrer entscheidenden Wesensmerkmale“, so der Minister. Letztlich gehe es immer wieder aufs Neue darum, freiheitlichen Wettbewerb und soziale Bedürfnisse in Einklang zu bringen. Man müsse verschiedene Blickwinkel und Interessen berücksichtigen und ausgleichende Kompromisse finden. Dieser Weg sei zwar mühsam und in der Regel nicht perfekt, aber gleichwohl elementarer Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Daher sollte man auch die Kompromisse der Großen Koalition nicht zu schlecht beurteilen, folgerte Schäuble und erinnerte an Alfred Müller-Armack, der die Soziale Marktwirtschaft zu Recht als iredische, friedensstiftende Formel bezeichnet habe, die versuche, die Ideale der Gerechtigkeit, der Freiheit und des wirtschaftlichen Wachstums in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen. Dieses konstruktive Streben und nicht der von manchen angestimmte Abgesang auf die Soziale Marktwirtschaft bringe uns heute weiter.

Im Vergleich zur Gründungsphase der Sozialen Marktwirtschaft kurz nach dem Zweiten Weltkrieg stehe man heute vor anderen Herausforderungen. Damals hätten Millionen von Menschen Hab und Gut verloren und es sei um die Deckung elementarer Bedürfnisse gegangen. Heute hingegen gehe es Deutschland wirtschaftlich gut, skizzierte Schäuble und verwies exemplarisch auf die Rekordbeschäftigung sowie die beträchtlichen Lohn- und Rentensteigerungen. Allerdings seien mit dem wachsenden Wohlstand auch die Ansprüche der Menschen gestiegen, so dass die subjektive Wahrnehmung teilweise eine andere sei, als die objektive Situation erwarten lasse. Zudem sei die Gesellschaft heterogener und pluralistischer geworden und nicht jeder profitiere in gleichem Maße vom Wandel in der Wohlstands- und Wachstumsgesellschaft. Problematisch werde es allerdings, wenn die verzerrte Wirk-



lichkeit die öffentliche Diskussion dominiere, warnte Schäuble. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf die von Prof. Dr. Georg Cremer, bis Juni 2017 Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, geäußerte Kritik an der traditionellen Armutsberichterstattung in Deutschland. Diese sei nicht nur irreführend, sondern erschwere auch eine sachdienliche Problemdebatte und -lösung. Dabei bestreite ja niemand, dass es in Deutschland Menschen gebe, die große ökonomische Probleme haben und um die man sich kümmern müsse. Von zentraler Bedeutung sei vor allem, die Durchlässigkeit der Gesellschaft zu verbessern und sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Diesbezüglich habe die Politik bereits wichtige Weichenstellungen vorgenommen, etwa im Bildungs- und Forschungsbereich oder mittels wachstumsorientierter Investitionen.

Darüber hinaus hätten sich in den vergangenen Jahrzehnten neue Herausforderungen als zu berücksichtigende Rahmenbedingungen herauskristallisiert, die in das Regelwerk der Sozialen Marktwirtschaft integriert werden müssten. An erster Stelle nannte der Minister Umweltfragen und die Begrenztheit von Ressourcen sowie die veränderte demographische Entwicklung. Gerade Letztere mache es erforderlich, den Konsolidierungskurs beizubehalten und auch weiterhin in wirtschaftlich guten Zeiten ohne zusätzliche Schulden auszukommen. Nur mit soliden Staatsfinanzen könne das Ordnungsgefüge Soziale Marktwirtschaft seine Stabilität behalten, argumentierte Schäuble.

Der CDU-Politiker betonte schließlich, dass das Ziel ‚Inclusive Growth‘ auch eine bedeutende internationale Komponente habe. Nachhaltigkeit und Stabilität in wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen könne unter den Bedingungen der Globalisierung nur erreicht werden, wenn die Schere zwischen den entwickelten Industrieländern, den Schwellenländern und den Entwicklungsländern nicht mehr größer, sondern kleiner werde. Deutschland werde weltweit für stärkere Inklusion und eine bessere Verteilung arbeiten und habe daher auch den Fokus seiner G20-Präsidentschaft auf Afrika gelegt.

Schäuble zeigte sich am Ende seines Vortrages überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft als eine Ordnung der Mitte und Mäßigung die geeignete Rahmenordnung sei, um inklusives Wachstum zu schaffen und für alle Menschen gute Ergebnisse zu liefern.

Zunehmende Ungleichheit? Kritischer Befund, Legende oder gar erzeugtes Zerrbild? Strategien für inklusives Wachstum

Diskussion mit Impulsstatements



Yasmin Fahimi
*Staatssekretärin
im Bundesministerium für Arbeit und Soziales*

Yasmin Fahimi wies eingangs der Podiumsdiskussion darauf hin, dass die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung unstrittig belegten, dass die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in Deutschland in der Vergangenheit angestiegen sei. Diese Entwicklung habe bereits in den 1990er Jahren eingesetzt und bis Mitte der 2000er Jahre angehalten. Seitdem sei die gemessene Ungleichheit weitgehend unverändert, wobei man am aktuellen Rand erneut von einem leichten Anstieg ausgehen müsse. Die derzeitige Diskussion über Armut und Ungleichheit in Deutschland greife daher ein Problem auf, dessen Entstehungsprozess bereits einige Zeit zurückliege.

Angesichts der empirischen Befunde warnte Fahimi einerseits davor, in Panik machende Übertreibung zu verfallen und flächendeckende Massenarmut als Drohpotential an die Wand zu malen oder die Soziale Marktwirtschaft kaputt zu reden. Andererseits dürfe man die Realität auch nicht positiv verklären und die Augen vor offensichtlichen Fehlentwicklungen verschließen. Wenn eine zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit sowie durch Globalisierung und Digitalisierung wegbrechende Chancen auf dem Arbeitsmarkt bei vielen Menschen ein Gefühl des Unbehagens hervorrufen, dann dürfe die Politik das nicht als bloße postfaktische Gefühlswahrnehmung ohne reale Substanz abtun.

Es wäre allerdings zu kurz gesprungen, politische Antworten auf diese Probleme nur in den sozialen Umverteilungssystemen zu suchen. Die Soziale Marktwirtschaft sei immer auch leistungsorientiert konditioniert, daher müssten zunächst die Primärverteilung und ihre Bestimmungsfaktoren in den Blick genommen werden. Besonderen Handlungsbedarf sah die SPD-Politikerin auf dem Arbeitsmarkt, der durch eine auseinanderdriftende Reallohnentwicklung gekennzeichnet sei. Vor allem in einigen Dienstleistungsbranchen mit starkem Beschäftigungszuwachs in den zurückliegenden Jahren könne man stark sinkende Reallöhne beobachten. Eine wesentliche

Ursache sei die drastisch sinkende Tarifbindung aufgrund der Tarifflicht vieler Unternehmen, kritisierte Fahimi und ergänzte in Richtung der Arbeitgeber den Vorwurf, dass deren Loblied auf Sozialpartnerschaft und Soziale Marktwirtschaft nicht immer in Einklang mit ihrem tatsächlichen Handeln stünde.

Als ein zentrales Instrument, um die Beschäftigungsperspektiven der Menschen in einer sich rasch verändernden Arbeitswelt dauerhaft zu verbessern und Wertschöpfungsketten im Land zu halten, schlug sie zum einen einen umfassenden Weiterbildungsanspruch mit einem staatlich finanzierten Startguthaben vor. Dieser würde die individuelle Freiheit der Arbeitnehmer erhöhen und ihnen – anders als traditionelle „Pflaster des Sozialstaates“ – ermöglichen, präventiv auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes zu reagieren. Zum anderen plädierte sie für mehr staatliche Zukunftsinvestitionen, beispielsweise in Bildung, Gesundheit und digitale Verkehrswege.

Prof. Dr. Lars P. Feld
Direktor des Walter Eucken Instituts, Kronberger Kreis

Prof. Dr. Lars P. Feld verneinte in der Diskussion die Frage, ob es einen gesicherten empirischen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum gebe – dies sei weder in die eine noch in die andere Richtung der Fall. Zu einer gewissen Vorsicht riet er darüber hinaus bei der Interpretation der jährlichen Veränderung der Einkommensungleichheit, etwa am aktuellen Rand. Diese sei in der Regel sehr klein und damit ohne statistische Signifikanz. Hinsichtlich der längerfristigen Entwicklung stimmte er Staatssekretärin Fahimi zu, dass sich die Einkommensungleichheit seit dem Jahr 2005 nicht weiter erhöht habe. Der steigende Trend bis zu diesem Zeitpunkt habe allerdings nicht erst nach der Wiedervereinigung eingesetzt, sondern lasse sich – für Westdeutschland – bereits seit den frühen 1980er Jahren nachweisen. Für den langfristigen Anstieg gebe es unterschiedliche Gründe, argumentierte Feld. Er verwies u.a. auf veränderte Familienstrukturen sowie den Anstieg und die Verfestigung der Arbeitslosigkeit in den 1980er



und 1990er Jahren. Umgekehrt habe der Beschäftigungsaufschwung im zurückliegenden Jahrzehnt zur Stabilisierung der Situation beigetragen.

Mit Blick auf die Verteilung von Vermögen warnte der Wirtschaftswissenschaftler, dass die vorliegenden Daten nur wenig verlässlich und in vielerlei Hinsicht verzerrt seien, etwa bei der Bewertung von Immobilien: „Die meisten Leute wissen nicht, was ihre Immobilie wert ist, wenn sie befragt werden.“ Interessanterweise zeige sich darüber hinaus, dass die gemessene Vermögensungleichheit in gut funktionierenden Wohlfahrtsstaaten wie der Schweiz, Dänemark, Schweden und Finnland besonders hoch sei. „Da muss man sich dann schon Gedanken machen, was diese Zahlen eigentlich noch bedeuten“, kommentierte Feld diesen Sachverhalt.

Unter Bezugnahme auf die von Staatssekretärin Fahimi kritisierte Tariffucht vieler Unternehmen erinnerte Feld an die aus seiner Sicht über Jahrzehnte verfehlte Sozialpolitik seit den 1970er Jahren. Diese habe eine Anpassung an den Strukturwandel erschwert und zur Verfestigung von Massenarbeitslosigkeit beigetragen. Darüber hinaus seien nach der Wiedervereinigung schwere lohnpolitische Fehler in Ostdeutschland gemacht worden, wodurch Unternehmen geradezu aus den Tarifverbänden getrieben worden seien, um wirtschaftlich überleben zu können. Angesichts der Reformen seit der Jahrtausendwende zeigte sich Feld für die Zukunft hingegen optimistisch, sofern die Politik das „sozialpolitische Rad“ nicht wieder in die 1970er und 1980er Jahre zurückdrehe oder in protektionistische Irrwege ver falle. Allein aufgrund der demographischen Entwicklung werde sich die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessern, sofern sie über ein ausreichendes Bildungsniveau verfügten.

Ralf Fücks

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung (bis 30. Juni 2017)

Ralf Fücks thematisierte das in der Gesellschaft verbreitete Gefühl einer zunehmenden ökonomischen Ungleichheit sowie die zugrundeliegenden Ursachen. Wenn deutlich über die Hälfte der Bevölkerung unsere Wirtschaftsordnung als ungerecht empfinde, müsse man sich damit auseinandersetzen. Dies gelte umso mehr angesichts des massiven Anwachsens populistischer, antiliberaler Strömungen in zahlreichen Kernländern des Westens. Die große Frage sei, inwieweit die Krise liberaler Demokratien sozio-ökonomische Ursachen habe, betonte Fücks. Fakt sei, dass man auch in Deutschland nicht auf einer Insel der Glückseligen lebe. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte sei eine Mehrheit der Bevölkerung der Auffassung, dass es ihren Kindern schlechter gehen werde als ihnen selbst. Diese sozialen Abstiegsängste zeigten einen drastischen Verlust an Zukunftsvertrauen, betonte Fücks und ergänzte, dass sich die Ursachen dafür auch jenseits der amtlichen Einkommensstatistik fänden.

Für einen wesentlichen Grund hielt er den gestiegenen Leistungsdruck in der Arbeitswelt. Ein Teil der jüngeren Generation sehe sich zudem für einen relativ langen Zeitraum mit befristeten Arbeitsverträgen konfrontiert, was einen nachhaltigen Einstieg in den Arbeitsmarkt schwieriger mache. Insgesamt müsse man eine zurückgehende Aufwärtsmobilität in der Gesellschaft



konstatieren, d.h. die sozialen Unterschiede verfestigten sich wieder. In den zurückliegenden 15 bis 20 Jahren sei eine neue Klasse der Working Poor entstanden. Diese Menschen kämen trotz harter Arbeit finanziell kaum über die Runden. Darüber hinaus zeigten generationenübergreifende Armutskarrieren, dass es inzwischen eine fatale „Vererbung“ von Armut gebe.

Fücks betonte, dass die gesellschaftliche Attraktivität der Maxime ‚Wohlstand für alle‘ weniger in einem Verteilungsversprechen, sondern vor allem im darin zum Ausdruck kommenden Aufstiegsversprechen liege. Letzteres funktioniere aber offenbar nicht mehr ausreichend gut, kritisierte der Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung und warnte zugleich vor populistischen Antworten dergestalt, dass Einkommensumverteilung alle Probleme lösen könne. Stattdessen plädierte er für mehr Investitionen in Bildung und Qualifizierung, um die Menschen auf die Auswirkungen der Globalisierung und der digitalen Revolution auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten: „Das ist der Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit und mehr soziale Teilhabe.“ Er bedauerte, dass die Haushaltspolitik in den letzten Jahren in eine entgegengesetzte Richtung gegangen sei. Der Vorschlag von Yasmin Fahimi, einen umfassenden Weiterbildungsanspruch einzuführen, sei zwar teuer, weise aber in die richtige Richtung. Als einen Irrweg sah er hingegen Vorschläge in Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens an, das letzten Endes nur eine Art „Stilllegungsprämie“ für einen Teil der Bevölkerung darstellen würde.

Daniel Gros Ph.D.

Direktor des Centre for European Policy Studies

Daniel Gros Ph.D. näherte sich der Frage, ob die soziale Ungleichheit in Deutschland ein zu hohes Ausmaß erreicht habe,



von einer europäischen Perspektive: „Wenn man einen europäischen Vergleich macht, dann muss man sagen, dass man doch eigentlich über Luxusprobleme redet.“ In Ländern, in denen das Volkseinkommen deutlich geschrumpft sei, stelle sich das Problem der Ungleichheit sehr viel schärfer als in Deutschland mit einem vergleichsweise komfortablen Wirtschaftswachstum. Er bestätigte die Einschätzung von Lars Feld, dass die Daten zur Vermögensverteilung sehr viel ungenauer seien als die zur Verteilung der Einkommen. Darüber hinaus könne man die Frage stellen, ob große Vermögen überhaupt ein nennenswertes verteilungspolitisches Problem darstellten, wenn die Zinsen bei Null lägen und die aus dem Vermögen resultierenden Einkommen entsprechend niedrig ausfielen. Selbst wenn die Vermögensungleichheit zunehme, wäre bei den Einkommen ein entgegengesetzter Trend denkbar, so Gros.

Obwohl sich Ökonomen schon länger mit den Verteilungswirkungen von Wirtschaftswachstum und den Auswirkungen der Globalisierung beschäftigten, sei es aufgrund der problematischen Datenlage schwierig, Gewinner und Verlierer eindeutig zu identifizieren, erläuterte Gros. Gleichwohl zeigte er sich überzeugt, dass in Europa die meisten Menschen am Wachstum partizipiert hätten. Als Ursache für das verbreitete gesellschaftliche Unbehagen sah er dementsprechend weniger die tatsächliche Ungleichheit, sondern eher eine Unsicherheit in Bezug auf die Auswirkungen des technologischen Wandels, die zukünftige ökonomische Entwicklung und die Möglichkeiten der staatlichen Einflussnahme. Nicht alle Menschen brächten die gleiche Bereitschaft mit, ihre Fähigkeiten permanent weiterzuentwickeln. Der Staat könne zwar Weiterbildungsangebote schaffen, aber den Weiterbildungserfolg nicht per Dekret erzwingen.

Hinsichtlich der von Ralf Fücks ins Spiel gebrachten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, beispielsweise über Investivlohnmodelle, gab der Wissenschaftler zu bedenken, dass eine Beteiligung der Arbeitnehmer am eigenen Unternehmen aufgrund der damit verbundenen Risikobündelung brandgefährlich wäre. Im Falle einer Insolvenz verlören die Beschäftigten nicht nur ihren Arbeitsplatz und damit ihr Einkommen, sondern auch einen Teil ihres angesparten Vermögens. Wenn man diesen Weg gehen wolle, müsse man unbedingt auf eine breite, gegebenenfalls internationale Risikostreuung achten, betonte Gros.

Prof. Dr. Michael Heise

Chefvolkswirt der Allianz SE

Prof. Dr. Michael Heise warnte davor, die Diskussion über Ungleichheit und inklusives Wachstum nur auf Basis einzelner Indikatoren wie etwa der Vermögensverteilung zu führen. Dann laufe man Gefahr, zu falschen und verzerrten Schlussfolgerungen zu kommen. So sei es zwar richtig, dass die Geldvermögen – ohne Berücksichtigung der nur schwer messbaren Immobilienvermögen – in Deutschland ungleicher verteilt seien als in vielen anderen Industriestaaten. Wie aber bereits Lars Feld bemerkt habe, sei dies in Schweden noch in viel stärkerem Maße der Fall. Gleichwohl erhalte man dort in Befragungen der Bevölkerung regelmäßig bessere Werte für den Grad der Zufriedenheit und des Wohlbefindens als in Deutschland. Ein Grund



sei, so der Chefvolkswirt der Allianz SE, dass die Vermögensungleichheit durch andere Leistungen kompensiert werde. Zugleich wandte sich Heise gegen den Eindruck, es gehe so etwas wie ein klar erkennbarer Riss durch die Bevölkerung. Dies sei angesichts der Vielschichtigkeit der Probleme ein unzutreffendes Bild. Zwar gebe es in unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung Benachteiligte. Von einer Spaltung könne allerdings keine Rede sein. Daher plädierte Heise für eine objektive Herangehensweise ohne Schönreden oder Verteufelung der Sozialen Marktwirtschaft.

Ein Themenfeld mit Potentialen für Verbesserungen sei beispielsweise der für die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit so wichtige Bildungsbereich. Hier plädierte Heise zum einen für höhere Investitionen. Zum anderen kritisierte er die bestehenden Finanzierungsstrukturen, die aus seiner Sicht auf dem Kopf stünden: Für einen Kita-Platz würden häufig noch immer hohe Gebühren fällig, während ein Universitätsstudium gebührenfrei sei – und das trotz der damit im Durchschnitt verbundenen deutlichen Erhöhung des Lebenseinkommens. Schließlich müsse man auch das lebenslange Lernen noch stärker als bisher in den Fokus nehmen und entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten entwickeln. Verbesserungspotentiale sah Heise außerdem bei den Themen Altersvorsorge und Vermögensaufbau in der Gesellschaft. Beispielsweise gebe es für Bezieher niedriger Einkommen noch immer Fehlanreize, wenn eigene Sparanstrengungen im Alter auf staatliche Sozialleistungen angerechnet würden. Außerdem sei das Kapitalanlageverhalten der Menschen in Deutschland durch ein sehr hohes Sicherheitsbedürfnis geprägt. Unter Renditegesichtspunkten bringe das häufig allerdings wenig. Den von Ralf Fücks angesprochenen Investivlohnmodellen stand er hingegen aufgeschlossen gegenüber und verwies auf Fonds-Modelle, die es ermöglichen, eine Risikobündelung zu verhindern.



Moderator Stephan Lorz